

Digitalisierung in der Niedersächsischen Justiz



Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft fordert:

- Erhöhung der Aufwendungen und schnelle und erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung in der Niedersächsischen Justiz
- Kein Personalabbau vor und nach Einführung und Umsetzung der Digitalisierung, zusätzliches Fachpersonal während der Einführungsphase und danach zur Betreuung der Anwender*innen, die Lücken im Personalschlüssel (Programmierer, Fachanwendungsbetreuer etc.) müssen schnellstens geschlossen werden
- Modernisierung der technischen Ausstattung, insbesondere für die Geschäftsstellen
- Gewährleistung der Barrierefreiheit auch für die elektronische Bearbeitung
- Keine Finanzierung von Bundesvorgaben aus dem niedersächsischen Justizhaushalt
- Einbindung der Personal-, Richter-, Schwerbehinderten- und Berufsvertretungen und Gewerkschaften
- Gewährleistung von Datenautonomie und Datensicherheit (eigene Server, eigene Betreuung = eigene Infrastruktur)
- Technik muss den Bedürfnissen der Anwenderinnen und Anwender folgen - nicht umgekehrt, insbesondere bei Einführung einer elektronischen Akte
- Parallele Qualifizierung der Anwenderinnen und Anwender